

### Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **WGL Wohnungsgesellschaft Leverkusen GmbH.** Kindertagesstätten.  
Neubau von Kindertagesstätten im Stadtgebiet Leverkusen bis 2013, 2. Tranche.  
Die WGL Wohnungsgesellschaft Leverkusen GmbH beabsichtigt, im Stadtgebiet Leverkusen sechs Kindertagesstätten neu zu errichten. Hierzu sollen Planung, Bau, Instandhaltung, Instandsetzung und Bewirtschaftung (Facility Management) über eine voraussichtliche Laufzeit von 25 Jahren ab Nutzungsbeginn vergeben werden. Die Finanzierung erfolgt über die Auftraggeberin und ist nicht Bestandteil dieser Ausschreibung. Planungs- und Baukosten: 12,75 Mio. Euro (ohne MwSt.)  
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 10.10.2011. **Quelle:** <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:279770-2011:TEXT:DE:HTML>
- **Land Niedersachsen.** Justizzentrum Hannover.  
Planung, Errichtung, Finanzierung und Vermietung (Mietbau) eines Justizzentrums in Hannover.  
Das Land Niedersachsen beabsichtigt, die Errichtung eines Fachgerichtszentrums mit einer Nutzfläche von ca. 11.900 m<sup>2</sup> in Hannover an einen privaten Investor zu vergeben. Der Auftragnehmer soll das Justizzentrum nicht im Sinne einer ÖPP betreiben, sondern im Wege eines typischen Mietvertrages über Büroflächen für 30 Jahre an den Auftraggeber vermieten  
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 17.10.2011. **Quelle:** <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:276041-2011:TEXT:DE:HTML>  
Weitere Infos zum Projekt unter: <http://www.justizzentrum-hannover.niedersachsen.de/>

### Vorinformation

- **Stadt Leipzig.** Schulen.  
Der Leipziger Stadtrat hat am 24.08.2011 beschlossen, für drei Schulen mit einem Sanierungsaufwand von jeweils 5 – 10 Mio. Euro ein PPP-Verfahren einzuleiten. Damit wird das PPP-Pilotprojekt für Leipziger Schulen wieder aufgenommen, das in 2009 abgebrochen wurde. Hintergrund sind der auf ca. 570 Mio. Euro angestiegene Investitionsstau an Leipziger Schulimmobilien sowie ein wachsender Flächenbedarf aufgrund demografischer Entwicklungen.  
**Quelle:** <http://www.leipzig-netz.de/index.php5/APRIL.PPP.Schulen>
- **Land Hessen.** Polizeipräsidium Südosthessen.  
Die hessische Landesregierung hat nach Informationen hessischer Medien ihrem Baumanagement grünes Licht für den Neubau des Polizeipräsidiums Südosthessen in Offenbach im Rahmen einer PPP gegeben. Das Finanzministerium wollte das allerdings noch nicht bestätigen. Die Gesamtkosten des Projekts werden auf bis zu 150 Mio. Euro geschätzt. **Quelle:**  
<http://www.op-online.de/nachrichten/offenbach/2015-neuen-praesidium-1395508.html>  
Bereits in 2010 wurde EU-weit die PPP-Beratung für das Projekt ausgeschrieben und vergeben (vgl. PPP-Newsletter 10/2010 vom 04.06.2010).

### Zuschlagserteilung

- **Stadt Hannover.** Kitas.  
Acht neue Kitas mit insgesamt 745 Krippen- und Kitaplätzen werden im Rahmen einer PPP von der **Carl Schumacher GmbH**, Wolfenbüttel, errichtet. Investitionsvolumen: 20 Mio. Euro. **Quelle:**  
[http://www.hannover.de/data/meldungen/meld\\_lhh/2011/09\\_2011/kitaneubau.html](http://www.hannover.de/data/meldungen/meld_lhh/2011/09_2011/kitaneubau.html)

### Weitere Informationen

- **PPP-Task Force NRW.** Instandhaltungsstrategien.  
Die PPP-Task Force NRW hat gemeinsam mit der NRW.BANK eine „**Untersuchung zu den Auswirkungen von unterschiedlich umfangreichen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen bei kommunalen Immobilien**“ durchführen lassen. Ziel dieses Projektes war es, die Auswirkungen von unterschiedlich umfangreichen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an kommunalen Gebäuden zu prüfen und festzustellen, inwieweit es im Zeitrahmen von 25 Jahren wirtschaftlicher ist,

Maßnahmen in Eigenrealisierung oder als ÖPP-Projekt durchzuführen oder sie ganz zu unterlassen.  
Bericht zum Download unter:

[http://www.ppp.nrw.de/oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/23b\\_ergebnispapier\\_oepp\\_nkf.pdf](http://www.ppp.nrw.de/oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/23b_ergebnispapier_oepp_nkf.pdf)

- **Landesrechnungshof Brandenburg.** Erfahrungsaustausch zu ÖPP.  
Der Landesrechnungshof Brandenburg empfing vom 30. – 31.08.2011 Gäste von deutschen Rechnungshöfen und Regionalen Rechnungskammern aus Polen zu einem Erfahrungsaustausch über die Prüfung von ÖPP-Projekten. Am Ende der Konferenz verabschiedeten die Teilnehmer eine gemeinsame Erklärung zu ÖPPs aus Sicht der Rechnungshöfe. Zum Download unter:  
<http://www.brandenburg.de/landesrechnungshof/index.php?menuid=18>
- **Bundesverband PPP.** 23. Sitzung des Arbeitskreises Öffentliche Immobilien am 08.08.2011.  
Am 08.08.2011 hat Arbeitskreis Öffentliche seine 23. Sitzung abgehalten. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Wertschöpfungspartnerschaften im lebenszyklusorientierten Management von Unternehmensimmobilien – Was private Unternehmen von PPPs lernen können“. Vorträge unter:  
[http://www.bppp.de/bppp.php/cat/49/aid/311/title/23\\_Sitzung\\_des\\_Arbeitskreises\\_oeffentliche\\_Immobilien\\_am\\_08.08.2011](http://www.bppp.de/bppp.php/cat/49/aid/311/title/23_Sitzung_des_Arbeitskreises_oeffentliche_Immobilien_am_08.08.2011)
- **PPP-Verein Hessen-Thüringen e. V.** Präsentationen der Veranstaltung PPP und Kitas.  
Der Verein „PPP in Hessen und Thüringen“ veranstaltete gemeinsam mit der ÖPP Deutschland AG am 18.08.2011 in Frankfurt am Main ein Round-Table-Gespräch zum Thema „PPP und Kitas“. Die Präsentationen zum Download unter: <http://www.ppp-verein.de/vortraege>
- **Europäisches PPP-Kompetenzzentrum (EPEC).** Europäischer PPP-Markt 1. Halbjahr 2011.  
Das 1. Halbjahr 2011 auf dem europäischen PPP-Markt wurde vom Financial Close bei vier PPP-Großprojekten in Frankreich und Italien geprägt. Insgesamt erreichten 47 PPP-Projekte im 1. Halbjahr 2011 den Financial Close erreicht (1. Halbjahr 2010: 58 Projekte). Bericht zum Download:  
<http://www.eib.org/epec/resources/epec-market-update-h1-2011.pdf>

#### Veranstaltungshinweise

- **6. Bundeskongress ÖPP.** Moderner und wirtschaftlicher durch Partnerschaften.  
Am **19. September 2011** findet im Wissenschaftszentrum Bonn der 6. Bundeskongress ÖPP statt. Ausrichter ist der Behörden Spiegel. Das Thema des Kongresses lautet: **"Infrastrukturen sichern – Modernisieren und Sparen durch Partnerschaften"**. Weitere Infos unter: <http://www.dppp.de/>
- **4. Fachkongress „Investitionen im Krankenhaus“ – wer mit wem und wie".**  
Trotz des Investitionsstaus gibt es nur ansatzweise einen Dialog zwischen den Protagonisten für PPP und den Krankenhaus-Verantwortlichen. Dem will der 4. Investitionskongress für Krankenhäuser, der am **10. November 2011** in der Beethovenhalle Bonn stattfindet, abhelfen. Infos unter:  
<http://www.rrc-congress.de/de/Veranstaltungen/2011/>
- **BWI-Bau-Workshop.** Finanzierung von PPP-Projekten im Hochbau.  
Das BWI-Bau veranstaltet am **23. November 2011** in Düsseldorf von 09:00 Uhr – 16:30 Uhr einen Workshop zum Thema „Finanzierung von PPP-Projekten im Hochbau“. Referenten sind **Fritz Rügert**, Unternehmensberater, sowie Dipl.-Ing. **Hans-Wilhelm Käsewieter**, PSPC GmbH. Programm und Anmeldung sind anliegend beigefügt.

#### PPP-Portal

- **PPP-Musterverträge.**  
Auf unserer Internetseite <http://www.ppp-portal.de/> bieten wir Ihnen Zugang zu PPP-Musterverträgen, die Sie – abschnittsweise oder in Gänze – für Ihre eigenen geplanten PPP-Projekte nutzen und übernehmen können. Für Öffentliche Auftraggeber ist der Zugang (nach vorhergehender Registrierung) kostenfrei. Von anderen Nutzern wird ein Jahresbeitrag in Höhe von 150,-- Euro (netto) erhoben.

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie  
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 6703-280  
Fax: 0211 / 6703-282  
[E.Paulsen@BWI-Bau.de](mailto:E.Paulsen@BWI-Bau.de)  
<http://www.BWI-Bau.de>



## Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **VG Potsdam, Urteil vom 17. August 2010 - 3 K 1383/05**  
<http://tinyurl.com/PPPNews15-11>

### **Versagung von Zuwendungen nur bei schweren Vergabeverstößen**

Eine vor dem Verwaltungsgericht klagende Vergabestelle hatte Zuwendungen für den Rückbau von bis dahin militärisch genutzter Flächen erhalten. Der Zuwendungsbescheid hatte über die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G) die Vergabestelle verpflichtet, bei der Vergabe von Aufträgen das Vergaberecht einzuhalten. Später beantragte die Klägerin die Erhöhung des Zuwendungsbetrages, da sich die Baukosten erhöht hatten. Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, dass sie bei der bisherigen Auftragsvergabe gegen Vergabebestimmungen verstoßen habe. So habe sie die gebotene Angebotsfrist von mindestens zehn Kalendertagen (§ 18 VOB/A) zwischen Veröffentlichung der Bekanntmachung und dem Eröffnungstermin nicht gewahrt. Die Vergabestelle erhob gegen die Entscheidung erfolgreich Klage.

Das VG Potsdam entschied, dass Zuwendungen nur bei schweren Vergabefehlern verwehrt werden dürfen. Nach der seinerzeit geltenden Verwaltungspraxis des Zuwendungsgebers habe zwar gemäß Ziff. 3.1 ANBest-G ein Verstoß gegen die Pflicht zur Beachtung der VOB-Vorschriften regelmäßig zum Ausschluss der Förderung geführt. Dies sei dabei unabhängig davon erfolgt, ob welche Vergabefehler, formelle oder materielle Fehler bzw. schwere oder leichte Verstöße im Einzelnen vorlagen. Der Beklagte habe aber mit dieser Verwaltungspraxis sein Ermessen fehlerhaft angewendet. Die Zuwendung habe nur im Fall eines schweren Vergaberechtsverstößes, z.B. wenn die Wertung grob vergaberechtswidrig erfolgt sei, erfolgen dürfen. Denn Zweck des Zuwendungszweckes sei der sparsame Umgang mit Fördermitteln gewesen. Die gänzliche Versagung von Zuwendungen sei daher nur gerechtfertigt, wenn grundlegende Vorschriften der VOB/A verletzt seien. Dies sei vorliegend aber nicht der Fall gewesen.

Die Entscheidung erinnert an das Risiko des Verlustes von Zuwendungen infolge von vergaberechtlichen Verstößen. Auch wenn im vorliegenden Fall der Maßstab für eine denkbare Rückforderung eher streng angelegt wurde, muss das Risiko insbesondere in den Fällen gesehen werden, wenn die Vergabestelle die Wirtschaftlichkeit der Vergabe mangels eines (ausreichenden) Wettbewerbs nicht nachweisen kann.

Mütze Korsch Rechtsanwalts-gesellschaft mbH  
Rechtsanwalt Matthias Berger  
Trinkausstraße 7  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 – 88 29 29  
Fax +49 211 – 88 29 26  
Mobil +49 160 – 47 20 722  
[berger@mkrq.com](mailto:berger@mkrq.com)  
[www.mkrq.com](http://www.mkrq.com)

